

Das 'EDV-Eingaben-Projekt' des Staatsrates der DDR: Stationen einer Odyssee

Elsner, Steffen H.

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Elsner, S. H. (1999). Das 'EDV-Eingaben-Projekt' des Staatsrates der DDR: Stationen einer Odyssee. *Historical Social Research*, 24(2), 135-146. <https://doi.org/10.12759/hsr.24.1999.2.135-146>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Das „EDV-Eingaben-Projekt“ des Staatsrates der DDR: Stationen einer Odyssee

*Steffen H. Elsner**

1. Vom Umgang mit überlieferten maschinenlesbaren Datenbeständen - einige einleitende Vorbemerkungen

Über die mit der archivischen Erschließung und Bewahrung von elektronischen Datenbeständen verbundenen vielfältigen Herausforderungen und Probleme wurde bereits an anderer Stelle aus professioneller Sicht gehandelt.¹ Aus der Perspektive des wissenschaftlichen Benutzers ist dabei - über einen eher allgemein gehaltenen inhaltlichen Überblick auf Dateiebene hinaus - eine möglichst präzise und detailgetreue technisch-strukturelle Beschreibung vorhandener Datensätze und Felder bzw. Feldinhalte nicht nur wünschenswert, sondern im Interesse einer effektiven empirisch-analytischen Nutzung überlieferter maschinenlesbarer Datenbestände als gleichsam unverzichtbar zu bezeichnen (vgl. die sog. „Zugänglichkeit“ von Daten). Es ist evident, daß sich darauf abzielende Erschließungsarbeiten - zumal im Falle unzureichender oder gänzlich fehlender korrespondierender Schriftgutbestände, d.h. entsprechender Dokumentationsunterlagen - äußerst aufwendig gestalten (müssen). Neben profundem informations(verarbeitungs)technischen Know-how sind hierbei vor allem ein ausgeprägter kriminalistischer Spürsinn, viel Geduld und nicht zuletzt ein gesättigtes Maß an Improvisationskunst erforderlich. Daß die Mitarbeiter des für maschinenlesbare Daten zuständigen Referats LS 4 im Bundesarchiv in Koblenz über diese Eigenschaften in hervorragender Weise verfügen, hat der Autor dieser Zeilen am Beispiel der überlieferten Dateien aus dem sog. „EDV-Eingaben-Projekt des Staatsrates der DDR“ (DA 5 MD²) unlängst selbst erfahren können. Zwar sind hierbei noch einige „harte Nüsse zu knacken“, bevor die ersten, auf diesem Datenbestand fußenden empirischen Befunde zum

* Address all communications to Steffen H. Elsner, Bahnhofstr. 32a, D-94099 Ruhstorf/Rott, Tel.: (08503) 85 35, Fax: (08503) 85 75, E-Mail: 085038535-0001@t-online.de

¹ Zu elektronischen Datenbeständen aus DDR-Provenienz vgl. etwa Rathje / Wettengel 1994 und Rathje 1996 und 1997; zur Archivierung maschinenlesbarer Daten allgemein vgl. etwa Hofmann 1996, Wettengel 1995, 1996 und 1997.

² Bundesarchiv Koblenz, Abteilung LS, Referat LS 4 (Hg.), 1997: Staatsrat der DDR - Eingabenprojekt (Datenbestandskatalog mit Anlagen: DA 5 MD/1). Vorläufiges Verzeichnis. Koblenz (31 Seiten).

tatsächlichen Eingabenaufkommen beim Staatsrat der DDR (StR) für den Zeitraum zwischen 1979 und 1989 lückenlos präsentiert werden können. Doch nicht zuletzt Dank der bereits (vor-)geleisteten Erschließungs- und Dokumentationsarbeiten dürfte der Zeitpunkt nicht mehr lange auf sich warten lassen, bis alle notwendigen Schlüsselverzeichnisse aufgefunden sind und - nach gelungener Decodierung - eine umfassende Auswertung dieser DDR-Eingabedaten vorgenommen werden kann. Damit bietet sich zugleich eine gute Gelegenheit, um hier (zunächst) die wechselvolle Geschichte jenes Einsatzgebietes elektronischer Datenverarbeitung im Bereich des DDR-Eingabenwesens vorzustellen, welches unter dem Signum „EDV-Projekt Eingaben der Bürger (EdB) zur Erfassung und Auswertung des Inhalts der Eingaben der Bürger [in der Dienststelle des Staatsrates der DDR]“ (im folgenden kurz „Eingaben-Projekt“) aktenkundig geworden ist. Unweigerlich fühlt man sich dabei an die Odyssee von Homer erinnert. Da das einschlägige überlieferte Schriftgut bislang weder systematisch erschlossen noch umfassend ausgewertet worden ist, kann an dieser Stelle allenfalls ein grober Überblick über das Eingaben-Projekt geboten werden. Die folgenden Ausführungen betrachtet der Verfasser daher als einen ersten Zwischen- bzw. Werkstattbericht.³

2. Das EDV-Eingaben-Projekt - Leitidee und Genese

Nachdem schon frühzeitig offenbar geworden war, daß die DDR im Bereich von Rechentechnik und automatisierter Datenverarbeitung den Anschluß an die westlichen Industrienationen verloren hatte, suchte die SED-Führung den entstandenen Technologierückstand vor allem mit Beginn der sechziger Jahren durch erhebliche Anstrengungen und den gezielten Einsatz von Ressourcen aufzuholen.⁴ Bei der Entwicklung und der Einführung von Rechentechnik und Datenverarbeitung konzentrierte man sich zunächst insbesondere auf kommerzielle und verwaltungstechnische Aufgaben und die damit befaßten Institutionen und Einrichtungen.⁵ Auch das Eingabenwesen stellte eine jener verwaltungstechnischen Aufgabenstellungen dar, für welche der Einsatz maschineller Datenerfassung und -verarbeitung vielversprechend erschien. Mit Beginn der 70er Jahre wurde in der Dienststelle des DDR-Staatsrates der Einstieg in die rechnergestützte Verwaltungsarbeit im Bereich des Eingabenwesens vollzogen. Das Eingaben-Projekt wurde am 1. Januar 1970 aus der Taufe gehoben, und - nach einer generellen Erprobungsphase - Anfang Januar 1971 „vollständig in

³ Vgl. hierzu auch Elsner 1999a und 1999b.

⁴ Vgl. hierzu ausführlich Sobeslavsky 1996, insbesondere S. 61-72 und 82ff. Sowie N.J. Lehmann 1996: S. 140ff.

⁵ Sobeslavsky 1996: S. 17f.

die Arbeit [der Dienststelle des Staatsrates - S.E.] eingeführt.“⁶ Nach der überlieferten Diktion war es als „Rationalisierungsprojekt zur Erfassung und Auswertung des Inhaltes der Eingaben der Bürger“⁷ konzipiert worden. Seiner Einführung lag folgende konkrete Zielstellung (Leitidee) zugrunde:

- „Rationalisierung der innerbetrieblichen Organisation des Durchlaufs der Eingaben vom Posteingang bis zur Archivierung des abgeschlossenen Eingabenvorganges;
- Erfassung wichtiger Primärdaten aus den Eingaben, verbunden mit der Neugestaltung der Eingabenbelege, um die Eingabenbearbeiter von zeitraubenden technisch-organisatorischen Arbeiten zu entbinden;
- Erfassung und Speicherung wichtiger inhaltlicher Probleme aus allen schriftlichen und mündlichen Eingaben nach einem einheitlichen Thesaurus für eine qualifizierte Auswertung und Analyse zur Verbesserung der Information und der periodischen Berichterstattung über den wesentlichen Inhalt der bearbeiteten Eingaben;
- kurzfristige Vorlage von exakten monatlichen Übersichten über Anzahl der Eingaben nach Fachgebieten sowie nach inhaltlichen und territorialen Gesichtspunkten mit Hilfe der EDVA;
- Sicherung einer lückenlosen einheitlichen zentralen Ablage sowie der schnellen Wiederfindung bereits abgeschlossener Eingabenvorgänge nach einem einfachen und übersichtlichen numerischen System;
- Rationalisierung des Mahnverfahrens, verbunden mit einer einfachen, aber wirksamen Terminüberwachung;
- Gewährleistung einer exakten ständigen Kontrolle über die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Bearbeitungsfristen für die Eingaben;
- Beseitigung aufwendiger manueller Arbeiten und Einsparung der für diese Aufgaben eingesetzten technischen Mitarbeiter.“⁸

Mit Hilfe des Eingaben-Projekts sollten also in erster Linie der Prozeß der Eingabenbearbeitung und die Verarbeitung der anfallenden Datenmassen⁹

⁶ BArch DA 5/9483 (Schreiben von Lehmann an Dr. Heinze vom 29.05.1975; Anlage: „Erfahrungen bei der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung im Bereich der Eingabenbearbeitung“, S. 1).

⁷ Ebenda, S. 1.

⁸ Das jedenfalls ist der Anlage zum dienstlichen Schreiben des Leiters der Eingabenabteilung in der Dienststelle des Staatsrates der DDR, Berthold Lehmann, an den Leiter des Rechenzentrums im Büro des Ministerrates der DDR, Dr. Heinze, vom 29.05.1975 zu entnehmen, BArch DA 5/9483 (Schreiben von Lehmann an Dr. Heinze vom 29.05.1975; Anlage: „Erfahrungen bei der Anwendung ...“, S. 1f.). Ob diese ausdifferenzierte Zielstellung tatsächlich bereits bei der ursprünglichen Konzeption des Eingabenprojektes Pate gestanden hat, ist wohl aufgrund der Akten eher zu verneinen, zumal deren Einschätzung relativ kritisch ausfällt; vgl. hierzu die Protokolle der „Arbeitsgruppe EDV“.

verbessert werden. Seine Einführung sollte zugleich gewährleisten, daß aussagekräftiges statistisches Datenmaterial für unterschiedliche Informations-, Dokumentations- und Berichtszwecke¹⁰ auch kurzfristig zur Verfügung stand. Durch die Rechentechnik sollte zumal der Anteil manueller Arbeiten deutlich reduziert und das damit betraute technische Verwaltungspersonal eingespart bzw. freigesetzt werden. Insgesamt beabsichtigte man, über die Rationalisierung von Routinearbeiten eine signifikante Effizienzsteigerung bei der Erledigung und Auswertung der (massenhaft auflaufenden) Eingaben zu erreichen. Die übergeordnete Zielsetzung bestand in der - vielfach von der SED-Führung parteiprogrammatisch festgelegten - „allgemeinen Qualifizierung der staatlichen Leitungstätigkeit“ bzw. der „weiteren Erhöhung des Niveaus von Planung und Leitung“.

Bei der Entwicklung und der Umsetzung des EDV-Projektes blieb die „Abteilung für Eingaben der Bürger und Öffentliche Sprechstunde“ in der Dienststelle des Staatsrates nicht sich selbst überlassen. Vielmehr besorgte eine siebenköpfige „Arbeitsgruppe Datenverarbeitung“¹¹ unter der Leitung von Herbert Kelle, zum damaligen Zeitpunkt Leiter der „Abteilung Geschäftsstelle“, die Evaluierung des Eingaben-Projektes. Mit der Beseitigung einiger offenkundiger Mängel und Schwachstellen im Jahre 1972 wurde zugleich die neue Leitlinie für die Anwendung des EDV-Verfahrens im Bereich der Eingabenbearbeitung markiert; sie bestand darin, „... nicht das Mögliche sondern nur das

⁹ Anhand der vorliegenden Überlieferungen ist belegbar, daß allein vom Staatsrat in den Jahren zwischen 1979 und 1989 rund 840.000 Eingaben (!) bearbeitet und EDV-mäßig erfaßt worden sind.

¹⁰ Dazu zählen etwa: (statistische) Wochen-, Monats- und Jahresberichte; statistische Übersichten nach territorialer Provenienz der Eingaben über ganz unterschiedliche Zeiträume; Berichte „über den Inhalt und die Bearbeitung der an den Vorsitzenden und die Mitglieder des StR sowie an die Volkskammer gerichteten Eingaben“ (teils im Monats-, im Quartals- und / oder im Jahresrhythmus); Berichte „über den Hauptinhalt der an die Volkskammer und den StR gerichteten Eingaben“: sog. „Kurzinformationen über Eingaben“ aus den Städten, Kreisen sowie Bezirken; Berichte „über die (im Zeitraum ...) durch die Abteilung (Eingaben des StR) bearbeiteten Eingaben“; „Kurzanalysen und Anzahl und inhaltliche Probleme aus Eingaben nach Territorien“ (im Zeitraum ...); Aufstellungen sog. „Ausgewählter Eingabenvorgänge“ nach Politikbereichen (z. B.: Landwirtschaft, Handel und Versorgung, Industrie usw.); „Eingabenberichte des StR vor der ... Sitzung der Volkskammer“ etc. In der im Anhang der Studie von Staadt (1996: S. 72) abgedruckten „Anlage 3“ mit dem Titel „Übersicht der aus Eingaben erarbeiteten Informationsmaterialien und Berichte“ (des Staatsrates) werden hierzu folgende Angaben gemacht: „Informationsmaterialien und Berichte insgesamt: 1976 - 31; 1977 - 36; 1978 - 37; 1979 - 40; 1. Quartal 1980 - 20; 1976-1980 insgesamt: 164.“

¹¹ Es läßt sich (derzeit noch) nicht belegen, ob diese Arbeitsgruppe - teils auch als Kommission aktenkundig - ausschließlich zum Zweck der Evaluierung des Eingaben-Projektes gebildet wurde, oder ob sie generell für EDV-Fragen zuständig war. Ferner ist der genaue Zeitpunkt ihrer Einsetzung unklar.

Nötige datenmäßig zu erfassen.“¹² Das bedeutete zwar einesteils den faktischen Rückbau des bisherigen Projektes, andernteils seine analytische Schärfung, etwa durch die „Erweiterung [des statistisch organisatorischen Teils - S.E.] hinsichtlich der [sog.] klassenmäßigen Aussage“¹³. Als „nötige Informationsdaten, die die Weiterführung des EDV-Projektes in der vorgeschlagenen Variante rechtfertigen“ wurden fortan bestimmt:

- „Die numerische Bearbeitung und Erfassung aller Eingaben, d. h. Eingaben-Nr. (laufende Nr.). Sie sichert mit geringstem Aufwand eine schnelle Ablage, sofortige Wiederfindung und archivmäßige Behandlung. Sie ist auch für Mahnungen und Territorialkontrollen günstigste Variante.
- Zu den nötigen Daten ist die territoriale Erfassung und Aussage bedeutsam. Sie ist wichtige Grundlage für auftretende Konzentrationen und Problemzusammenhänge sowie für Fragen des Arbeits- und Leitungsstils. Bisher erfolgte eine Eintragung der Kreise, aber keine Auswertung in den Monats- oder Quartalsberichten. Nach dem jetzigen Projekt wird nur eine Aussage nach Bezirken und ausgewählten Städten vorgenommen. Für die Arbeit der Ausschüsse der Volkskammer sowie als Informationshinweis für örtliche Organe erscheint aber besonders die Erweiterung der Aussage auf alle Kreise von großem Informationswert. Vorschlag: Erweiterung des Org.-Teiles, um innerhalb der einzelnen Bezirke kreismäßigen Ausweis zu erhalten.
- Die Daten: Abteilungen, Adressat, Eingangsdatum und Art sind als nötige Informationsdatenträger beizubehalten.
- Die auf der Karteikarte enthaltenen Angaben über die Dauer der Bearbeitung, über Mahnungen, Einsenderstruktur, Eigentumsform, Art des Problems, Art der Bearbeitung sind als Informationsdaten statistischer Natur für die analytische Tätigkeit aber auch insbesondere für eine Information der Leiter unverändert nötige Bestandteile.
- Schließlich muß man zu den nötigen Daten die Bereiche rechnen.

Die Arbeitsgruppe schlägt vor, außer der bereits angewiesenen soziologischen Erfassung (900/910) auch die Entwicklung von Kollektiveingaben auszuweisen, z. B. von Gewerkschaftsgruppen, Ausschüsse der Nationalen Front, Haus- oder Straßengemeinschaften usw. Sie geben erst in Verbindung mit den anderen Informationsdaten eine Möglichkeit der Wertung, auf welchen Gebieten, in welchen soziologischen Bereichen und in welchen Zweigen der Volkswirtschaft sich eingabenmäßige Entwicklungen vollziehen und abzeichnen.“¹⁴

¹² BArch DA 5/9483 (Studie zur Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung im Bereich der Eingabebearbeitung, vom 17.04.1972, S. 2).

¹³ Ebenda, S. 2.

¹⁴ Ebenda, S. 4-6.

Diese Konzeption wurde denn auch durch die interne „Dienstanweisung über die Veränderung der Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung bei der Erfassung und Auswertung der Eingaben“ vom 22. Juni 1972 festgeschrieben.¹⁵ In der Folgezeit durchliefen die EDV-gestützte Eingabenerfassung und -auswertung allerdings zahlreiche - teils als grundlegend zu bezeichnende - Modifikationen.¹⁶

Ursprünglich war das Rechenprogramm des Eingaben-Projekts auf OS-Systemebene für die Bearbeitung mit einer elektronischen Datenverarbeitungsanlage vom Typ Robotron 300 (R 300) konzipiert und entwickelt worden. Die gegen Ende der 70er Jahre vollzogene sukzessive Ersetzung dieses Anlagentyps durch die neue Generation¹⁷ der unter dem DOS-Betriebssystem arbeitenden ESER¹⁸-Rechner (EDVA EC 1040) machte es notwendig, auch das Eingaben-Projekt auf die ESER-Technik umzustellen. Diese Umstellung erfolgte parallel zur Übernahme des EDV-Projektes durch das Rechenzentrum des ZK mit Beginn des Jahres 1979. Ihr vorausgegangen war eine Entwicklung, die an das Homer zugeschriebene Heldenepos der „Odyssee“ erinnert.

3. Die Odyssee des EDV-Eingaben-Projekts

Wie schon mehrfach herausgearbeitet, erstreckte sich die Einführung der Datenverarbeitung in der DDR über mehrere Etappen.¹⁹ Charakteristisch für die erste Entwicklungsetappe der DDR-Verwaltungsinformatik ist u.a. die Tatsache, daß die eigentlichen Informationsverarbeitungsaufgaben, d. h. die konkrete EDV-gestützte Datenauswertung und -analyse, zunächst vielfach aus den betreffenden Dienststellen ausgelagert war. Mit diesen Aufgaben wurden sog. „Organisations- und Rechenzentren“ (ORZ) betraut, die ab Ende der fünfziger Jahre - unter Federführung der Staatlichen Plankommission - in der DDR gegründet und mit Rechentechnik ausgerüstet worden waren.²⁰ In der Folgezeit

¹⁵ BArch DA 5/9483.

¹⁶ Hierauf kann an dieser Stelle jedoch nicht eingegangen werden.

¹⁷ Zur Abgrenzung und Charakterisierung der unterschiedlichen Rechnergenerationen vgl. Adler / Jenke 1985: S. 17-20.

¹⁸ Hinter dem Kürzel „ESER“ verbirgt sich die Bezeichnung für ein „Einheitliches System Elektronischer Rechenmaschinen“ (der 3. Generation). Darauf bezog sich die am 23.12.1968 durch Vertreter der Ostblockländer in Moskau unterzeichnete „Vereinbarung zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Datenverarbeitungssystemen und Rechentechnik“; vgl. hierzu Sobeslavsky 1996: S. 98ff.

¹⁹ Vgl. hierzu Stölzel 1991, Lehmann / Sobeslavsky 1996.

²⁰ Vgl. hierzu etwa die in den Jahren 1958 und 1961 von der Staatlichen Plankommission gefaßten Beschlüsse zur Rechentechnik wie den „Beschuß über die Bildung von Rechenzentren des VEB Maschinelles Rechnen in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 17.11.1958 sowie den „Beschuß zur Entwicklung des maschinellen Rechnens in der DDR“ vom 29.03.1961, zitiert nach Sobeslavsky 1996: S. 51 m.w.N. sowie das ORZ des „Kombinates Datenverarbeitung“.

wurden die so entstandenen „Zentren der Datenverarbeitung“ vielfach jenen Institutionen und Einrichtungen angegliedert, die ihrerseits Ansprüche auf - den Ausbau eigener - Rechenkapazität angemeldet hatten.²¹ Das bedeutete zugleich eine zumindest partielle Abkehr von der (anfänglich) forcierten Zentralisierung der Datenverarbeitung.²²

Im „Programm zur Entwicklung, Einführung und Durchsetzung der maschinellen Datenverarbeitung in der DDR in den Jahren 1964 bis 1970“ war festgelegt worden, daß die Benutzung von Rechenzentren auf der Basis von Wirtschaftsverträgen zu regeln sei.²³ Insofern haben wir es zumal im Falle des Eingaben-Projekts mit einer vertraglich abgesicherten Fremd- bzw. Auftragsnutzung von Großrechnerkapazität externer „Organisations- und Rechenzentren“ (ORZ), wie beispielsweise dem ORZ der „Hochschule für Ökonomie ‘Bruno Leuschner’“, (HfÖ) in Karlshorst zu tun. Dazu hatten die Eingabenabteilung des Staatsrates und die HfÖ einen Vertrag über die (periodische) Be- bzw. Abarbeitung von Auswertungsaufträgen und die Übergabe entsprechender Ergebnislisten abgeschlossen. Darin waren sowohl das Terminierungsverfahren wie auch der Gesamtumfang der benötigten Rechenzeit festgehalten. Allein schon um ihren diversen Berichts- und Informationsverpflichtungen termingerecht nachkommen zu können, hatte die Eingabenabteilung u.a. dafür Sorge zu tragen, den jeweiligen Rechen(zeit)bedarf sowie die gewünschten Datenanalyseroutinen (welche Auswertungstabellen für welchen Zweck) möglichst frühzeitig mit dem Leiter des ORZs abzustimmen. Wie aus den Dokumenten ebenfalls hervorgeht, wurden die von der Eingabenabteilung des Staatsrates benö-

²¹ Sobeslavsky (1996: S. 53f.) führt hierzu einzelne Beispiele an; vgl. hierzu etwa die „Hochschule für Ökonomie ‘Bruno Leuschner’“, (HfÖ) in Karlshorst.

²² Vgl. hierzu folgenden - durch einen prominenten Zeitzeugen plastisch ausgemalten - Hintergrund: „Nachdem gerade das ideologische Verdammungsurteil über die Kybernetik und damit zum Computer seine Wirksamkeit verloren hatte, überschätzte die damalige Führungsriege der DDR einerseits die Möglichkeiten dieser Technik bald grenzenlos, andererseits übersah sie, daß eine moderne Computerindustrie auch entsprechende Aufwendungen bei der Elektronik voraussetzt. So wurde in Verbindung mit einer „Operationsforschung“ von einer allumfassenden, automatisierten Planung und Überwachung aller sozialistischen Lebensbereiche geträumt, der Computer sollte eine sozialistische Wunderwaffe werden! [...] Für die SED-Strategen war klar, daß die zentralisierte Steuerung der gesamten Gesellschaft nur mit leistungsfähigen Rechenzentren und mit großen Automaten zu verwirklichen war. Ein billiger Kleinstautomat gehörte sicher nicht dazu, er könnte Rechenleistungen nur in kaum kontrollierbarer Weise dezentral verfügbar machen.“, N.J. Lehmann, 1996: S. 148f.; vgl. hierzu auch den „Beschuß des Ministerrates der DDR über die zentrale staatliche Leitung auf dem Gebiet der maschinellen Datenverarbeitung“ vom 17. Februar 1966 sowie die vom Ministerrat am 27.07.1967 beschlossene „Perspektivische Gesamtkonzeption für die Entwicklung und Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung“.

²³ Vgl. Sobeslavsky 1996: S. 74.

tigten Rechenleistungen von dem damit beauftragten ORZ in aller Regel unentgeltlich erbracht.²⁴

Die Möglichkeit eines unmittelbaren Direktzugriffs auf die elektronischen Eingaben-Daten bestand für den Staatsrat demzufolge also nicht, was nichts anderes bedeutet, als daß mit dem praktizierten Verfahren (schriftlicher Abruf von Datenanalyseergebnissen) zugleich eine erhebliche Einschränkung effektiver Informationsnutzung verbunden war. Erst im Zuge der Entwicklung und Einführung von Mikrorechentechnik (Personalcomputern) und dezentralen arbeitsplatzbezogenen Anwendungslösungen ab Beginn der 80er Jahre erfolgte auf unterschiedlichen Gebieten eine schrittweise Rückübertragung von automatisierten, bisher ausgelagerten Informationsverarbeitungsaufgaben in die entsprechenden Dienststellen. Dies war jedoch beim Eingaben-Projekt bzw. bei den Eingaben-Daten des Staatsrates - möglicherweise aus politischen Gründen - nicht der Fall. Doch betrachten wir nun den Gang der Entwicklung in chronologischer Reihenfolge:

Ab dem Jahr 1970 wurde das „EDV-Projekt Eingaben der Bürger (EdB) zur Erfassung und Auswertung des Inhalts der Eingaben der Bürger [in der Dienststelle des Staatsrates der DDR]“ durch das „Organisations- und Rechenzentrum im Sekretariat des Ministerrates der DDR“ bearbeitet, wobei die einlesebereite Erfassung, Kompletierung und Korrektur der Primärdaten mittels Lochkartentechnik (Ablochung der einzelne Eingabenvorgänge auf den Datenträgern) von der Eingabenabteilung des Staatsrates zu leisten war. Wie aus den Dokumenten hervorgeht, wurde die sog. „Erfassung der 1. und 2. Stufe“ von der „Gruppe Organisation / Datenerfassung“ - später als „Sektor Datenerfassung / Auswertung“ (Sektor DE/AW) geführt - Anfang der 70er Jahre mittels Lochstreifen(stanzer) besorgt. Die zur Einspeicherung und zur Abarbeitung konkreter Auswertungsaufträge benötigten Primärdatenbestände wurden anschließend dem (jeweiligen) ORZ auf Lochband zur Verfügung gestellt und in eine Datenverarbeitungsanlage vom Typ R 300 eingelesen.

Nachdem im Ergebnis der „Verfügung Nr. 428/75 des Vorsitzenden des Ministerrates“, Gen. Horst Sindermann, das „Organisations- und Rechenzentrum

²⁴ Vgl. hierzu das Schreiben von Eichler an Otfried Steger, Minister für Elektrotechnik und Elektronik, vom 15.09.1977: „Die bisher offen gebliebene Frage ist die Bezahlung. Bei den vertraglichen Vereinbarungen mit dem bisherigen Rechenzentrum des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen an der Hochschule für Ökonomie wird entsprechend der bestehenden Regelung zwischen den zentralen Organen [der Staatsmacht - S.E.] keine Berechnung der Leistungen vorgenommen. In gleicher Weise werden nach Mitteilung der Genossin Holland auch alle Leistungen, die für das Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik erbracht werden, behandelt und nicht in Rechnung gestellt. Aus diesem Grunde würde ich darum bitten, auch für die Abarbeitung des Eingabenprojektes ab 1979 die gleiche Regelung zu treffen.“, BArch DA 5/10153. Auch nach der Übernahme des Eingabenprojektes durch das Rechenzentrum des ZK der SED erfolgte keine Berechnung der durch das Rechenzentrum erbrachten Leistungen; vgl. hierzu den „Vermerk“ vom 2.06.1978, S. 2, Nr. 8; BArch DA 5/10153.

im Sekretariat des Ministerrates“ zum 31. Dezember 1975 aufgelöst worden war, wurde das Eingabenprojekt des Staatsrates schließlich durch das „Organisations- und Rechenzentrum des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen“ an der „Hochschule für Ökonomie ‘Bruno Leuschner’“, übernommen. Zuvor hatte sich eine Überleitung des Projektes in das „Rechenzentrum des Ministeriums für Wissenschaft und Technik“ als wenig praktikabel bzw. letztlich als nicht durchführbar erwiesen.

Ausgelöst einesteils durch die von Erich Honecker, mittlerweile auch Staatsratsvorsitzender, vorgegebenen „neuen Anforderungen [...] an die Eingabenbearbeitung und -auswertung“²⁵ sowie andernteils aufgrund der Einführung von ESER-Rechnern in den zentralen Rechenstationen der DDR wurde im Jahre 1977 mit den Vorbereitungen zur „Überleitung des Eingabenprojektes des Staatsrates auf die ESER-Technik“ begonnen. Schon im Vorfeld einer grundlegenden Übereinkunft zwischen dem Sekretär des Staatsrates, Heinz Eichler, und dem Minister für Elektrotechnik und Elektronik, Gen. Otfried Steger, erfolgten vorbereitende Gespräche hinsichtlich der Übernahme des Eingabenprojektes durch das „ORZ des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik“. Seitens des Ministeriums nahmen daran die Leiterin der „Abteilung Leitungsorganisation und EDV-Anwendung“, Genossin Holland, sowie der Leiter des ORZ, Genosse Dr. Mende, teil. Im Ergebnis wurde das dem Ministerium unterstellte und im „VEB Dienstleistungen, Haus der Elektroindustrie“ angesiedelte Organisations- und Rechenzentrum mit der weiteren „ordnungsgemäßen Abarbeitung“ des EDV-Eingaben-Projektes betraut. Der dazu zwischen dem „ORZ des VEB Dienstleistungen, Haus der Elektroindustrie“, vertreten durch dessen Leiter, Gen. Dr. Mende, und der Abteilung Eingaben der Dienststelle des Staatsrates, vertreten durch den Abteilungsleiter Lehmann, am 21. März 1978 abgeschlossene „Wirtschaftsvertrag 3/78“, legt die vom ORZ zu erbringenden rechentechnischen Dienstleistungen detailliert fest.²⁶

Doch bereits Ende Mai desselben Jahres - formell mit Schreiben vom 2. Juni 1978 - wird der erst wenige Wochen zuvor vereinbarte Wirtschaftsvertrag mit

²⁵ Diese Begründung geht aus dem Schreiben von Eichler an Otfried Steger, Minister für Elektrotechnik und Elektronik, vom 15.09.1977 explizit hervor. Dort heißt es: „Die Dienststelle des Staatsrates wertet seit vielen Jahren wichtige inhaltliche Daten aus den an den Staatsrat und seinen Vorsitzenden gerichteten Eingaben auf der Grundlage eines entsprechenden Datenerfassungsprojektes mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung aus. Die neuen Anforderungen, die sich aus der Wahl des Generalsekretärs des ZK unserer Partei zum Vorsitzenden des Staatsrates an die Eingabenbearbeitung und -auswertung ergeben [sic!], und die Tatsache, daß eine generelle Umrüstung der für die Abarbeitung in Frage kommenden Organisations- und Rechenzentren auf die neuen ESER-Rechner erfolgt, machen notwendig, das bisherige EDV-Eingaben-Projekt umzuprogrammieren [...]“, BArch DA 5/10153.

²⁶ Vgl. hierzu den Schriftwechsel zwischen Lehmann und dem Leiter des Informations- und Rechenzentrums, VEB Dienstleistungen, Haus der Elektroindustrie, Gen. Dr. Mende, Alexanderplatz 6, 1026 Berlin; BArch DA 5/10153.

der Begründung aufgelöst, daß das Rechenzentrum im ZK der SED „ab sofort [...] die weiteren Testarbeiten [für die Oberleitung des Eingaben-Projektes auf die ESER-Technik - S.E.] sowie die künftige Abarbeitung [...] übernommen hat.“²⁷

Um für allfällige Umstellungsarbeiten auf die unter DOS laufenden Großrechner vom Typ EDVA EC 1040 die entsprechenden EDV-Experten zur Verfügung zu haben, richtete Eichler mit Datum des 17. April 1978 die Bitte an den Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Horst Dohlus, für diesen Zweck wieder auf Karl-Heinz Naubereit zurückgreifen zu können.²⁸

Naubereit war politischer Mitarbeiter des „Sektors EDV der Abteilung Parteiorgane beim ZK der SED“ und hatte bereits im Jahre 1976 - außerhalb seiner Arbeitszeit - an der Verbesserung des EDV-Eingaben-Projektes mitgewirkt. Jetzt sollte er an der weiteren „Testung und Überleitung des Rechenprogramms der Dienststelle des Staatsrates auf den EC 1040“²⁹ beteiligt werden. Neben seiner Einwilligung, die von Naubereit zwischenzeitlich in der Rechenstation des Ministeriums für Elektrotechnik und Elektronik aufgenommenen Programmier- und Testarbeiten fortführen zu können, enthielt das unter dem Datum des 11. Mai 1978 von Dohlus abgefaßte Antwortschreiben einen sehr weitgehenden ‘Vorschlag’. Dieser ‘Vorschlag’ lautet wörtlich dahingehend, „die Abarbeitung des genannten EDV-Projektes auf Basis EC 1040 nicht beim ORZ des Ministeriums für Elektrotechnik/Elektronik sondern durch unser Rechenzentrum vornehmen zu lassen.“³⁰ Die Klärung von Einzelheiten der Überleitung des Eingaben-Projektes sowie der zukünftigen Zusammenarbeit sollte zwischen dem Leiter des Rechenzentrums beim ZK der SED, Genosse Prof. Steuer, und Lehmann als dem Leiter der Eingabenabteilung des Staatsrates erfolgen. So geschehen am 31. Mai 1978, und zwar gemäß den „grundsätzlichen Festlegungen [...]1, wie sie im Schreiben vom 11.5.1978 durch den Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK, Gen. Dohlus, getroffen wurden.“³¹ Die Ausgestaltung der Übernahme des EDV-Projektes durch das Rechenzentrum des ZK mit Beginn des Jahres 1979 war damit zur reinen Formsache geworden. In der Beratung zwischen Steuer und Lehmann standen denn auch vornehmlich ganz konkrete organisatorisch-administrative Fragen zur Debatte, wie etwa der Umfang und die Terminierung der benötigten Rechenzeiten, die von der Dienststelle des Staatsrates zu erbringenden Vorarbeiten und materiellen Unterstützungsleistungen, die Bestimmung der mit

²⁷ BArch DA 5/10153 (Schreiben von Lehmann - an Mende vom 02.06.1978 - Az.: 1079 In-kd).

²⁸ BArch DA 5/10153 (Schreiben von Eichler an Dohlus vom 17.04.1978).

²⁹ Ebenda, S. 2.

³⁰ BArch DA 5/10153 (Schreiben von Dohlus an Eichler vom 11.05.1978).

³¹ BArch DA 5/10153 (Vermerk vom 02.06.1978, unterzeichnet von Steuer und Lehmann).

der Koordination beauftragten Mitarbeiter³², die Leistungen des Rechenzentrums bei der Programmumstellung, die Festlegung der Geheimhaltungsstufe für die Datenträger und die Ausdrucke sowie nicht zuletzt die Kostenfrage.

Mit der (angewiesenen) Übernahme des Eingaben-Projektes durch das „Recheninstitut beim ZK der SED“ war nicht nur die Auswertung der an den Staatsrat und seinen Vorsitzenden gerichteten Eingaben der Bürger auch rein räumlich in das Informationsmonopol der SED eingebettet worden. Neben der damit einher gehenden weiteren Zentralisierung der Datenverarbeitung wurde die Eingabenbearbeitung durch den Staatsrat insofern einer unmittelbaren parteilichen Kontrolle zugänglich gemacht.³³

4. Epilog

Nach Auskunft von Mitarbeitern des Bundesarchivs war es wohl eher dem Zufall zu danken, daß zumindest ein umfänglicher Teil aus dem Datenbestand des EDV-Eingaben-Projekts überliefert ist. Es wird kolportiert, man habe eine alte Schachtel mit verstaubten Magnetbändern in einer finsternen Ecke - der inzwischen aufgegebenen Außenstelle des Bundesarchivs - im Coswiger Schloß gefunden. Damit wurde zugleich die (bislang) letzte Etappe der Odyssee des Eingaben-Projektes beschritten, welche von Coswig nach Koblenz, und von dort aus über Dresden ins niederbayerische Ruhstorf an der Rott führt. Es bleibt abzuwarten, welche Stationen ggf. noch folgen werden.

Literatur

- ADLER, Helmut / JENKE, Helmut, 1985': Programmierung von Rechenanlagen. Eine Einführung mit 266 Beispielen sowie 98 Aufgaben mit Lösungen. Leipzig: Fachbuchverlag.
- BUNDESARCHIV KOBLENZ, Abteilung LS, Referat LS 4 (Hg.), 1997: Staatsrat der DDR - Eingabenprojekt (Datenbestandskatalog mit Anlagen: DA 5 MD/1). Vorläufiges Verzeichnis. Koblenz (31 Seiten).
- ELSNER, Steffen H., 1999a: Flankierende Stabilisierungsmechanismen diktatorischer Herrschaft: Das Eingabenwesen in der DDR - als Aufgabe zukünftiger Forschung, in: Christoph Boyer / Peter Skyba (Hg.),

³² Unter Punkt 5 des „Vermerks“ vom 02.06.1978 heißt es dazu: „Zur Regelung und Abwicklung der technisch-organisatorischen Aufgaben für die Abarbeitung des Programms und die Übernahme des statistischen Materials werden folgende Mitarbeiter benannt: Für das Rechenzentrum des ZK - Genn. Brettschneider [...]; Gen. Naubereit [...]; Für die Dienststelle des Staatsrates - Genn. Bergold [...]; Genn. Grüttner [...].“, BArch DA 5/10153.

³³ Ob, und ggf. in welcher Weise, dieses 'Einfallstor' für parteiliche Kontrollmaßnahmen im Bereich von Eingabenaufkommen und Eingabenbearbeitung beim Staatsrat seitens der SED-Führung genutzt worden ist, muß hier offen bleiben.

- Legitimierungsprobleme und Stabilisierungsstrategien spätsozialistischer Regime (Reihe: Berichte und Studien, hrsgg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden). Dresden (im Erscheinen).
- ELSNER, Steffen H., 1999b: Das Eingabenwesen als Element des Krisenmanagements im politischen System der DDR - Einige Überlegungen am Beispiel der „Reiseproblematik“ (Vortrag, gehalten auf dem von der ZZF-Projektgruppe „Führungsgruppen und Apparate des SED-Regimes“ am 5. Februar 1999 in Potsdam veranstalteten Workshop zum Thema „Macht- und Funktionseliten der SBZ/DDR in Krisenjahren der deutschen Nachkriegsgeschichte“), in: Internetdokumentation des Workshops: <http://www.zzf-pdm.de/tagber/tb.html>.
- HOFMANN, Hans, 1996: Digitale Aktenbestände in den Niederlanden, in: Mitteilungen, 4. Jg., Nr. 1/1996, S. 8-13.
- LEHMANN, Nikolaus Joachim, 1996: Zur Geschichte des „Instituts für maschinelle Rechentechnik“ der Technischen Hochschule / Technischen Universität Dresden, S. 123-157 in: ders. / Erich Sobeslavsky, Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946-1968 (Reihe: Berichte und Studien Nr. 8, hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden). Dresden: Selbstverlag.
- RATHJE, Ulf / WETTENGEL, Michael, 1994: Erschließungsarbeiten DQ 3 MD/2: Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen der DDR - ein „Werkstattbericht“, in: Mitteilungen, 2. Jg., Nr. 3/1994, S. 157-159.
- RATHJE, Ulf, 1997: Die personenbezogenen Massendatenspeicher der DDR im Bundesarchiv, in: Mitteilungen, 5. Jg., Nr. 2/1997, S. 36-40.
- RATHJE, Ulf, 1997: Die Strafgefangenen- und Verhaftetendateien der Verwaltung Strafvollzug des Ministeriums des Innern der DDR, in: HSR 22 (1997), H. 1, S. 140-144.
- RATHJE, Ulf, 1996: Der „Zentrale Kaderdatenspeicher“ des Ministerrates der DDR, in: HSR 21 (1996), H. 3, S. 137-141.
- RATHJE, Ulf, 1996: Der „Datenspeicher Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ der DDR, in: HSR 21 (1996), H. 2, S. 113-118.
- SOBESLAVSKY, Erich, 1996: Der schwierige Weg von der traditionellen Büromaschine zum Computer, S. 7-122 in: ders. / Nikolaus Joachim Lehmann, Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946-1968 (Reihe: Berichte und Studien Nr. 8, hrsg. vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden). Dresden: Selbstverlag.
- STAADT, Jochen, 1996: Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Bd.24/1996). Berlin: Freie Universität Berlin.
- STÖLZEL, Jürgen, 1991: Entwicklung der Verwaltungsinformatik, S. 277-293 in: Klaus König (Hg.), Verwaltungsstrukturen der DDR. Baden-Baden: Nomos.
- WETTENGEL, Michael, 1996: Archivierung maschinenlesbarer Daten im amerikanischen Nationalarchiv, in: Mitteilungen, 4. Jg., Nr. 1/1996, S. 13-19.

- WETTENGEL, Michael, 1997: Technische Infrastruktur für die Archivierung von digitalen Datenbeständen. Anforderungen und Verfahrensweisen, in: Mitteilungen, 5. Jg., Nr. 1/1997, S. 8-15.
- WETTENGEL, Michael, 1995: Archivierung maschinenlesbarer Datenbestände im Bundesarchiv, in HSR 20 (1995), H. 4, S. 123-12